

Neues Modell für die Staatsgarantie

Der Gegenvorschlag der Baselbieter Regierung zur BLKB-Initiative wartet mit einer «kreativen» Lösung auf.

Andreas Schwald

Die Baselbieter Regierung legt den Gegenvorschlag zur BLKB-Initiative vor. Die Initiative fordert, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) in ihrer Geschäftstätigkeit an eine deutlich kürzere politische Leine gelegt wird. Sie entstand unter anderem im Umfeld des Radicant-Debakels bei der BLKB, bei dem die Bank über ihre Tochterfirma über eine Million Franken als Abschreiber in den Sand setzte. Die Digitalbank Radicant wird nach grossem politischem Aufruhr noch dieses Jahr von der BLKB eingestellt, eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll zudem die Vorgänge noch genauer untersuchen.

Die BLKB-Initiative richtet sich vor allem an die politischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Kantonalbank agiert. Dazu gehören wesentliche Faktoren wie die Staatsgarantie, der geografische Schwerpunkt der Geschäftstätigkeiten, aber auch die Wahl des Bankrats und Sonderprüfungen, die durch das Parlament in Auftrag gegeben werden sollen. Die Initiative wird als so weitreichend taxiert, dass der Regierungsrat einen Gegenvorschlag ausarbeitete, der die härtesten Punkte entschärfen soll, jedoch vor allem bei der Staatsgarantie den Initianten entgegenkommt.

Initiativ-Komitee hält an «roten Linien» fest

Seitens Initiativ-Komitee sagt der Baselbieter SVP-Präsident und Landrat Peter Riebli: «Das Komitee wird die Vorlage intensiv prüfen, wobei jetzt schon klar ist, dass einige Punkte noch intensiv diskutiert werden müssen, zumal das Komitee einige klare rote Linien hat. Wir nehmen aber bereits zur Kenntnis, dass uns die Regierung in eini-



Damit noch lange Geld rauskommt: Die BLKB-Initiative fordert eine konservativere Kantonalbank fürs Baselbiet.

Bild: Andreas Schwald

«Der Vorschlag bewegt sich durchaus in die Richtung dessen, was wir wollen.»



Peter Riebli
Komitee BLKB-Initiative

gen Punkten entgegenkam.» Zu besagten roten Linien gehören im Wesentlichen die dezidierte regionale Ausrichtung der BLKB und, dass ausserkantonale Geschäfte höheren Risikoanforderungen unterliegen sollen.

Dazu kommen die Forderungen, dass auch das Parlament eine externe Buchprüfung in Auftrag geben kann und dass die Bankratsnominierungen – wie früher – per regierungsrätlichem Vorschlag vom Landrat bestätigt werden müssen.

Auch was die Abgeltung der Staatsgarantie angeht, schwenkt die Regierung nicht voll auf die Forderung des Initiativkomitees ein. Jedoch sagt Riebli: «Wir können einen kreativen Vorschlag des Regierungsrats erkennen, der sich durchaus in die Richtung dessen bewegt, was wir wollen.» Die Initiative fordert als Berech-

nungsbasis mindestens 1/25 des Geschäftserfolgs, sofern ein positives Jahresergebnis vorliegt. Die Regierung hält das jedoch für sachfremd, weil damit nicht das Risiko, das der Kanton mit der Staatsgarantie trägt, sondern lediglich ein Erfolgswert der Bank zur Berechnungsbasis wird.

Heutiges Modell nicht mehr zeitgemäss

Der Gegenvorschlag will nun weg vom Gewinnmodell hin zu einer risikobasierten Abgeltung. Bemerkenswert ist, dass die Regierung offen schreibt, das heutige Baselbieter Modell sei nicht mehr zeitgemäss. Aktuell ist die Abgeltung an den Reingewinn gekoppelt: 3 Prozent des Jahresgewinns, mindestens 3,5 Millionen Franken, sofern genügend Gewinn erzielt wird. Dieses Modell sei schweizweit eher die

Ausnahme. Konkret soll die BLKB gemäss Gegenvorschlag dem Kanton eine risikobasierte Abgeltung leisten. Details zu Basisfaktoren und Zeitintervallen sollen per Verordnung geregelt werden.

Die Regierung will somit in ihrem direkten Gegenvorschlag die härtesten Eingriffe der BLKB-Initiative in die Governance der Bank abfedern. Sie beantragt dem Landrat, die Initiative abzulehnen und dafür den Gegenvorschlag anzunehmen. Schlüsselpunkte der parlamentarischen Debatte dürften somit just die roten Linien des Komitees sein: die regionale Beschränkung der BLKB, das Recht des Parlaments auf externe Sonderprüfungen sowie beim Einfluss des Landrats auf die Wahl des zuletzt vor allem wegen Radicant scharf kritisierten Bankrats.

Mehr Sicherheit am Gempen

Verkehr Die kurvenreiche Strecke zwischen Dornach und Gempen ist bei Velo- und Töfffahrern beliebt – zugleich jedoch ein Unfall-Hotspot. Nun greift der Kanton Solothurn ein, um die Sicherheit zu erhöhen: Laut Mitteilung des Kantons sollen ab dem 4. Mai neue Mittel- und Randleitlinien, Kurvenleitpfeile sowie zusätzliche Gefahrensignale angebracht werden. Die Arbeiten sollen bis spätestens Ende Juni abgeschlossen sein. Eine Temporeduktion von 80 km/h auf 60 km/h sei zwar geprüft, aber als unverhältnismässig eingestuft worden, heisst es weiter.

Ob die betroffenen Gemeinden Dornach und Gempen sowie ihre Einwohnenden mit diesen Massnahmen bereits zufrieden sind, bleibt abzuwarten. Erst im vergangenen Herbst hatte sich in Gempen eine Bürgerbewegung gebildet, die auf der Strasse umfangreiche Sicherheitsmassnahmen fordert.

Erst kürzlich verlor ein 17-jähriger Töfffahrer auf der Strasse die Kontrolle über sein Gefährt und verunfallte schwer. Zudem haben sich Velofahrer wiederholt darüber beklagt, dass sie zu wenig geschützt seien. So kam es in der Vergangenheit auch zu teilweise fatalen Kollisionen zwischen Velofahrern und Autos. (zen/haj)

Universität Basel mit Defizit

Rechnung Die Universität Basel schloss 2025 mit einem Defizit von 10,9 Millionen Franken ab. Die Ausgaben beliefen sich auf 814,7 Millionen Franken, was gegenüber den Erträgen einen Verlust von 44,2 Millionen Franken bedeutet. Doch laut der Hochschule konnte das Minus durch Rücklagen und ein positives Finanzergebnis teilweise ausgeglichen werden. Das freie Eigenkapital sank dadurch auf 54 Millionen Franken. (zen)

Der Sprachenstreit flammt wieder auf

Angeheizt durch die Weigerung der Regierung, einen Bericht freizugeben, sammeln sich Gegner des Frühfranzösisch.

Luis von Gunten

Ab wann sollen Baselbieter Schülerinnen und Schüler Französischunterricht erhalten? Über diese Frage wird im Kanton seit Jahren gestritten. Erst im November hat der Landrat einen Vorstoss von SVP-Landrätin Anita Biedert abgelehnt. Dieser hatte gefordert, Französisch aus der Primarstufe zu verbannen und stattdessen auf Englisch zu setzen. Erst in der Sekundarschule – also ab der 7. Klasse – sollte die zweite Schweizer Landessprache erlernt werden.

Die damalige Bildungsdirektorin Monica Gschwind hatte den Landrat eindringlich gebeten, den Standortbericht zum Sprachenkonzept abzuwarten, der auf Ende 2025 versprochen war. Auch dem Frühfranzösisch

kritisch gegenüberstehende Parlamentarier waren diesem Aufruf gefolgt.

Zurückgehaltener Bericht als Stein des Anstosses

Nun ist neuer Schwung in die Debatte gekommen: Ebendieser Bericht liegt nämlich seit Ende 2025 fixfertig vor. An seiner 100-Tage-Medienkonferenz stützte sich Gschwind-Nachfolger Markus Eigenmann darauf. Aber: Die Bildungsdirektion hält diesen weiter unter Verschluss, eine Veröffentlichung sei neuerdings erst ab der zweiten Hälfte 2026 geplant.

Heute reicht Mitte-Landrat Pascal Ryf deshalb einen neuen Vorstoss ein, in dem er diese Verspätung kritisch hinterfragt. Zudem möchte Ryf wissen, ob der Regierungsrat eine Studie vorlegen könne, die die Wirk-

samkeit des frühen Fremdsprachenunterrichts unter realistischen Volksschulbedingungen belegt. Ryf vermutet, dass die Bedingungen, in denen das Frühfranzösisch theoretisch seine Wirkung entfalten sollte, im Schulalltag nicht gegeben sind.

Man rede immer von diesem «Sprachbad». «Aber in der Realität ist das nicht mal eine Sprachdusche, unter der die Kinder durchrennen», findet Ryf. Bei den wenigen Fremdsprachlektionen pro Woche in der Primarschule werde niemand richtig «nass», es gebe also zu wenig Kontakt mit der Sprache, um sie zu lernen. Dafür fehlten schlicht die Zeit und die Lehrpersonen.

Dass der Bericht nicht veröffentlicht werde, verhindere eine sachliche Diskussion, so Ryf. Im

Sinne der Transparenz sei das Vorgehen des Regierungsrats zumindest fragwürdig.

Auch Ryfs Parteikollege Dario Rigo will in der Fragestunde klären, warum der Standortbericht noch nicht veröffentlicht wird. Mit der Begründung, der Landrat habe im November den Vorstoss Biederts im Vertrauen auf den von Gschwind versprochenen Bericht und die anschließende Diskussion abgelehnt.

Allianz gegen Vorgehen der Regierung formt sich

Bereits Anfang Woche hatte der Verein «Starke Schule beider Basel» ein Gesuch um Veröffentlichung des Berichts eingereicht. Und gleichzeitig gegenüber der bz die Massnahmenpakete des Sprachkonzepts kritisiert, die aus der Kurzver-

sion des Berichts hervorgehen. Es scheint sich also eine breite Allianz zu formieren, die mit dem Vorgehen des Regierungsrates unzufrieden ist und die Frage nach dem Frühfranzösisch nun klären möchte. Die «Starke Schule» sammelt schon Unterschriften für eine Initiative, die fordert, dass Englisch ab der 5. Klasse und Französisch erst ab der Sekundarstufe unterrichtet wird.

Mitte-Landrat Ryf hingegen ist ein Verfechter von Französisch als erster Sprache – aber ein Gegner von Frühfranzösisch und zwei Sprachen auf der Primarstufe: «Ich bin für Franz ab der 5. und Englisch ab der 7. Klasse», stellt der Bildungspolitiker auf Anfrage klar. Das zeigt: Auch die Kritiker des Sprachenkonzepts sind sich nicht einig, was der richtige Weg ist.

Nachrichten

Mit Traktor verunfallt – Fahrer schwer verletzt

Seewen Ein 69-jähriger Traktorfahrer wurde gestern Morgen bei einem Selbstunfall auf der Eichenberg-Forststrasse in Seewen schwer verletzt und musste per Rettungshelikopter ins Krankenhaus gebracht werden. Der Traktor kam von der Strasse ab, stürzte einen Steilhang hinunter und überschlug sich. Die Unfallursache wird durch die Solothurner Kantonspolizei untersucht. (bz)

Für Tempo 80 schon über 5000 Unterschriften

Eggfluetunnel Nachdem das Bundesamt für Strassen die Maximalgeschwindigkeit im Eggfluetunnel bei Grellingen aus Sicherheitsgründen auf 60 Stundenkilometer reduziert hat, fordert eine Petition die Rückkehr auf 80 km/h. Kurz nach Lancierung kamen bereits mehr als 5000 Unterschriften zusammen. (bz)